

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures, Reinhold Perlak, Harald Schneider, Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Christa Naaß, Reinhold Strobl, Dr. Paul Wengert, Maria Noichl, Stefan Schuster** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 16/17310, 16/17504

Prüfungsergebnis des ORH zur Einführung des BOS-Digitalfunks in Bayern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit zum Prüfungsergebnis des Bayerischen Obersten Rechnungshofs in seinem Jahresbericht 2013 zur Einführung des Digitalfunks in Bayern Stellung zu nehmen und hier insbesondere zu den Feststellungen, dass

- die Teilnahme der nichtstaatlichen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben am Digitalfunk nach wie vor nicht gesichert sei,
- die Gesamtkostenabschätzung bis zum Jahr 2012 jährlich nur jeweils anlässlich der Haushaltsverhandlungen fortgeschrieben worden sei,
- in der Kostenschätzung einzelne Positionen fehlen würden, andere unbeziffert oder nur grob geschätzt seien,
- für die Einführung des Digitalfunks mit dem erhöhten Standard GAN+X Bayern sowie zu den nachfolgenden Entscheidungen zur Vorgehensweise und den Festlegungen der technischen Standards und Ausstattungen keine Alternativen geprüft und keine Nutzen-Kosten-Untersuchung erstellt worden sei,

- im Rahmen der Prüfung des ORH Mängel festgestellt worden seien, wie:
 - unzureichende Abstimmung innerhalb des Innenministeriums zwischen der Projektgruppe „DigiNet“ und anderen Organisationseinheiten,
 - unzureichende Abstimmung mit der Bauverwaltung bei der Errichtung der Basisstationen,
 - unzureichende Öffentlichkeitsarbeit bei der Auswahl der Standorte und dadurch die geringe Akzeptanz in der Bevölkerung für die Funkmasten,
 - unzureichende Zusammenarbeit externer Dienstleister mit Behörden bei der Standortfindung,
 - kein effektives Controlling, da diese Aufgabe sowohl innerhalb der Projektgruppe „DigiNet“ als auch von externen Dienstleistern unabgestimmt wahrgenommen wurde.

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident